



Afrikanischer Fußball an der Weser

Beim African Football Cup in der Pauliner Marsch in Bremen geht es nicht nur um Fußball, sondern um viel mehr: um Völkerverständigung, ums Kennenlernen, ums Wiedersehen. Das Turnier ist eine einzige große Feier – für die Sportler, ihre Anhänger und ihre Familien. Am kommenden Sonntag ist der Tag des Finales. FOTO: SUHWA LEE **Berichte Seiten 28 und 29**

Bremen richtet offenes WLAN ein

Kostenfreie Zugänge in 20 öffentlichen Einrichtungen / Ausbau schreitet auch in den Schulen voran

VON SILKE HELLWIG

Bremen. Bremen bekommt im Herbst öffentliche und kostenlose WLAN-Zugänge, nicht flächendeckend, sondern in Einrichtungen mit viel Publikumsverkehr. Dazu sollen laut Henning Lühr, Staatsrat im Finanzressort, zunächst die Bürger-Service-Zentren, das Standesamt, die Sozialzentren, die Finanzämter und die Stadtbibliothek gehören; insgesamt rund 20 öffentliche Institutionen in Bremen und Bremerhaven. Bremen folgt damit dem Beispiel anderer Städte wie München und Augsburg; Berlin will im Herbst 2016 öffentliches WLAN an zentralen Punkten der Metropole einrichten. „Wir sind nicht die ersten, die das machen, aber wir sind auch nicht die letzten“, sagt Martin Hagen, Leiter des zuständigen Referats Zentrales IT-Management und E-Government, das im Bremischen Finanzressort angesiedelt ist.

Knapp 500.000 Euro plant das Ressort laut Lühr für das Pilotprojekt mit öffentlichen Hotspots ein – inklusive Geräte, Einbau und der Betriebskosten für die ersten drei Jahre. „Dafür müssen weder alle Ressorts sparen, noch stellen wir zwei Lehrer

oder eine Sozialarbeiterin weniger ein“, betont der Finanz-Staatsrat. Die öffentlichen WLAN-Zugänge würden aus einem besonderen Topf finanziert: Er besteht laut Hagen aus Geld, das der Bund beim Versteigern freier Frequenzbänder eingenommen hat. Nach einer Absprache zwischen Bund und Ländern sei das Geld einzig und allein für die Digitalisierung vorgesehen. Andere Aufgaben oder Investitionen könnte Bremen damit also nicht finanzieren. Insgesamt stehen dem Bundesland knapp sechs Millionen Euro zur Verfügung.

Mit dem Pilotprojekt setzt der Senat eine Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Regierung um: „Wir wollen, dass in öffentlichen Gebäuden und in den Fahrzeugen der BSAG freier, kostenloser und gesicherter WLAN-Zugang angeboten wird.“ Dazu müsse, heißt es in den Vereinbarungen weiter, die sogenannte Störer-Haftung für WLAN-Betreiber abgeschafft und Rechtssicherheit gewährleistet werden. Die Störer-Haftung, die es laut Experten in keinem anderen Land Europas gibt, ist dafür verantwortlich, dass die Bundesrepublik beim Thema öffentlicher Hotspots als eine Art Entwicklungsland gilt. Nach der Störer-

Haftung ist derjenige für jede Art von illegalem Schindluder der Nutzer verantwortlich, der den WLAN-Zugang anbietet.

Auch die Bundesregierung plant, die Haftungsfrage neu zu regeln: Im März legte das Bundeswirtschaftsministerium einen Gesetzesentwurf vor, mit dem Telemediengesetz novelliert werden soll. Die Novelle soll ermöglichen, „die enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale von WLAN-Funknetzen auszuschöpfen“ und „in deutschen Städten mobiles Internet über WLAN künftig für jeden und jede verfügbar“ zu machen. Momentan werden die Stellungnahmen anderer EU-Mitgliedstaaten eingeholt. Das Kabinett könne die Novelle frühestens am 23. September beschließen, dann werde sich das Parlament damit befassen.

Nach dem Entwurf müssen öffentliche WLAN-Punkte nicht verschlüsselt werden, aber „der Betreiber muss sich vom Nutzer zusichern lassen, dass dieser keine Rechtsverletzungen über den Anschluss begehen wird“, beispielsweise, indem er den Nutzungsbedingungen mit einem Klick zustimmt. Ihre Sicherheitsbedenken seien bei einem kommunalen offenen WLAN-

Punkt nicht größer oder kleiner als bei jedem anderen Hotspot, der jedermann zugänglich sei, sagt Bremens Datenschutzbeauftragte Imke Sommer. Es wäre wünschenswert, wenn bei staatlichen Einrichtungen noch einmal ganz explizit und für jedermann verständlich darauf hingewiesen werde, welche Risiken Nutzer offener Netze in Bezug auf persönliche und sensible Daten eingehen.

Auch der Ausbau der WLAN-Netze in bremischen Schulen schreitet laut Alexandra Brietzke, Sprecherin im Bildungsressort, voran. Mittlerweile seien in der Stadt Bremen 52 Schulen (von 146) mit 432 sogenannten Accesspoints ausgestattet. Rund 1,4 Millionen Euro werde der gesamte Ausbau kosten, im Herbst will das Ressort einen Finanzierungsplan vorlegen und das weitere Vorgehen festlegen.

Selbstverständlich sei dieser Teil der Koalitionsvereinbarungen nicht der wichtigste für die Zukunft des Landes, räumt Lühr ein. Aber Bremen sehe sich in der Pflicht, die Digitalisierung der Gesellschaft und den mündigen Umgang der Bürger mit digitaler Kommunikation voranzutreiben.

Kommentar Seite 2 · Bericht Seite 10

60 Abweichler in der Union

Berlin. Der Unionsspitze ist es trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen, die Zahl der Abweichler vom Griechenland-Kurs von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu verringern. Wie eine Probeabstimmung am Dienstagabend in der Unionsfraktion ergab, wollen 56 Abgeordnete an diesem Mittwoch im Bundestag Nein zum dritten Hilfspaket für Athen sagen. Weitere vier CDU/CSU-Leute enthielten sich. Damit bleibt die Zahl der Widersacher in etwa so hoch wie vor einem Monat, als es bei der Griechenland-Abstimmung in der Union 60 Nein-Stimmen gegeben hatte.

Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) versuchte, das Beste aus dem für Merkel und Fraktionschef Volker Kauder wenig erbaulichen Stimmungsbild zu deuten: „Tatsache aber ist, dass die Fraktion in einer sehr guten und motivierenden Art und Weise dieses Thema heute behandelt hat.“ Etwa 20 Unions-Abgeordnete dürften bei dem Testlauf laut Teilnehmern gefehlt haben. Die Unionsfraktion hat im Parlament 311 der 631 Sitze. Bei einem Probevotum der SPD-Fraktion sagten lediglich Ex-Finanzminister Peer Steinbrück und Thomas Jurk Nein.

Das Bundesfinanzministerium wies unterdessen Berichte über eine angebliche Aufstockung der Hilfen aus dem dritten Programm zurück. Es bleibe bei bis zu 86 Milliarden Euro aus dem ESM-Rettungsschirm. Als erste Rate sind 26 Milliarden Euro vorgesehen. **Thema Seite 3**

VERMISCHTES

Anneli von Entführern getötet

8

Die seit der vergangenen Woche vermisste 17-jährige Anneli ist am Montagabend tot gefunden worden. Verdächtig werden zwei Männer, die am Montag festgenommen worden waren.

DER NORDEN

Expo-Pavillons werden zum Problem

15

15 Jahre nach der Weltausstellung in Hannover sind viele Länderpavillons nicht mehr die Pracht. Viele der Gebäude sind verfallend, der polnische Pavillon stehen unmittelbar vor dem Abriss.

KULTUR

Filmfest-Programm im Gefängnis

24

Das internationale Filmfestival in Oldenburg will vom 16. bis zum 20. September Cineasten aus der gesamten Region anlocken. Das Programm läuft in Kinos, im Staatstheater und sogar in der Justizvollzugsanstalt.

WIRTSCHAFT

„Die Höhle der Löwen“ startet

17

Bremen. Die Sendung „Die Höhle der Löwen“ ist in die zweite Runde gegangen. Mit dabei ist wieder die Bremer Geschäftsführerin und Vorsitzende der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Lencke Steiner. Als einer von fünf Investoren entscheidet sie, ob sie ihr Privatvermögen in eines der in der TV-Show präsentierten Unternehmen stecken will.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	20	Rätsel & Roman	23
Fernsehen	22	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	5	Veranstaltungsanzeigen	14

Pensionäre sollen Polizei helfen

Bremen (hh). Sie sollen dabei helfen, die auf mehr als 6000 Fälle angewachsene Aktenhalde während der kommenden sechs Monate zu halbieren: Polizeipräsident Lutz Müller möchte pensionierte Polizisten mit Werkverträgen erneut zu Ermittlern machen. Der Personalratsvorsitzende der Bremer Polizei Rolf Oehmke ist von dieser Idee alles andere als angetan. „Das ist ein fragwürdiges Konstrukt und rechtlich noch völlig undurchsichtig. Wir werden dem keinesfalls zustimmen.“

Hintergrund der Kritik ist, dass Oehmke befürchtet, Senioren könnten bei der Polizei zu einer festen Einrichtung werden. Schließlich gäbe es vielerorts Aktenberge, die abgebaut werden müssten. Grundsätzlich rechnet der Personalratsvorsitzende mit Spannungen, wenn sich am Arbeitsplatz Pensionäre und Polizisten begegnen. Ein Rentner könne mit seinen im Werkvertrag festgeschriebenen 50 Stunden pro Monat ungefähr auf sein Vorruhestandsgelohn kommen. Es sei unschön, wenn so einer dann einem nicht pensionierten Kollegen gegenüber säße und für ungleich weniger Arbeit eine ähnliche Entlohnung erhalte. „Außerdem sind die Pensionäre von Sonderdiensten befreit. Der eine ginge dann nach weniger Arbeit ins Wochenende, während der andere zu einer Demonstration hinzugezogen wird“, so Oehmke. In ein paar Wochen soll die Angelegenheit im Innenressort geschlichtet werden. **Kommentar Seite 2 · Bericht Seite 9**

ANZEIGE

Späte Einsicht



Hans-Ulrich Brandt
über die Asylpolitik

Endlich wird amtlich, was ohnehin alle wissen: Die Zahl der Asylbewerber erreicht einen neuen Rekordstand. Doch entscheidend ist nicht, ob es 650.000 oder 750.000 Flüchtlinge sein werden, die in diesem Jahr in Deutschland Zuflucht suchen, entscheidend ist, dass die Länder der Europäischen Union anfangen, sich als wirkliche Gemeinschaft zu verstehen und nicht – wie bisher – als Einzelkämpfer.

Immerhin: Auch die Kanzlerin hat nach langem Zögern und Schweigen erkannt, dass es eben nicht nur das Thema Finanzen ist, das über das Wohl und Wehe Europas entscheidet, sondern auch der solidarische und entschlossene Umgang mit dem Zustrom von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten. Statt weiter nur über deren Verteilung innerhalb der EU zu streiten, muss gemeinsam gehandelt werden. Vom „nächsten großen europäischen Projekt“ spricht Angela Merkel jetzt, aber dieser späten Einsicht müssen Taten folgen. Es reicht nicht, auf EU-Ebene zu kritisieren, dass es eigentlich nur zwei Länder sind, die leistungsfähige Asylstrukturen aufbieten, nämlich Deutschland und Schweden. Vor der eigenen Tür muss auch gekehrt werden.

„Ich müsste jeden Tag ein Hochhaus bauen, um die Flüchtlinge unterzubringen“, so hat Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney die Lage beschrieben. Auch die Zelte in Bremen sprechen eine klare Sprache. Nur mit großer Unterstützung des Bundes werden Länder und Kommunen die Lage meistern. Denn noch einmal: Ob es 650.000 oder 750.000 Flüchtlinge sind: Es geht nicht um Zahlen, es geht um Menschen. **Bericht Seite 4**
hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Ljubomir Vranjes



In Bremen hat es vor zwei Jahren geklappt: Pokalsieger SG Flensburg-Handewitt gewann mit dem 29:26 über Meister THW Kiel den deutschen Handball-Supercup.

An diesem Mittwoch stehen sich in Stuttgart beide Teams im Supercup erneut gegenüber. Flensburgs Trainer Ljubomir Vranjes will nicht nur diesen Titel holen, sondern sehnt sich in der am Freitag beginnenden neuen Bundesliga-Saison nach der Meisterschaft. Nur sie fehlt dem Schweden noch in seiner persönlichen Titelsammlung – letztmals triumphierte die SG im Jahr 2004.

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
21°	13°	40%

Zum Teil noch etwas Regen
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

